

## **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe zu alternativen Maßnahmen zur Verminderung von Getreideüberschüssen**

FERDINAND FASTERDING, REINER PLANKL und PAUL UPHOFF

Institut für Strukturforchung

### **1 Einleitung**

Während man zur Jahreswende 1988/89 noch hoffen konnte, daß durch die Neuorientierung der EG-Agrarpolitik im Jahr 1988, zu der Haushaltsstabilisatoren, Flächenstilllegung, Extensivierung und Umstellung der Produktion sowie Vorruhestandsregelung und Einkommensbeihilfen gehören, die Finanzprobleme der Gemeinschaft für einige Jahre geregelt seien (Manegold, 1988), wird gegenwärtig angesichts wieder wachsender Überschüsse eine erneute Explosion der Kosten der Agrarpolitik der EG befürchtet (Agra-Europe 5/91). Demnach werden Änderungen der Agrarpolitik der EG nicht nur wegen der im Rahmen der GATT-Verhandlungen anstehenden Diskussion um den Abbau des Agrarprotektionismus der EG (Manegold, 1990; FAZ, 04.02.1991) notwendig.

Diese Notwendigkeit stellt die Politiker vor schwer zu lösende Probleme, denn es wird kaum zu vermeiden sein, daß Änderungen der landwirtschaftlichen Preis- und Einkommenspolitik die Erwartungen der Landwirte an die Politik enttäuschen. Für die praktische Agrarpolitik ist es daher zur Auswahl alternativer politischer Maßnahmen möglicherweise hilfreich, wenn Informationen über die Präferenzen der von der Politik betroffenen Landwirte vorliegen. Allerdings rechtfertigen Informationen über diese Präferenzen nicht, daß notwendige politische Reformen unterbleiben. Vielmehr sollten sie dazu verwendet werden, Widerstände gegenüber alternativen politischen Maßnahmen abzuschätzen und den Versuch zu machen, diese Widerstände im politischen Willensbildungsprozeß abzubauen. Aus diesem Grund sollen hier Ergebnisse von zwei Befragungen von Landwirten zu ihren Einstellungen zu alternativen Maßnahmen mit dem Ziel der Lösung der Überschußprobleme auf den Agrarmärkten vorgestellt werden.

In die erste Befragung wurden rd. 2 200 Landwirte mit Betrieben ab 5 ha LF in Niedersachsen einbezogen. Sie erfolgte im Jahr 1987 (Wilstacke und Plankl, 1988). Die zweite Befragung richtete sich an rd. 750 Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe ab 1 ha Ackerfläche im alten Bundesgebiet ohne das Saarland und die Stadtstaaten, die sich nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm beteiligt hatten. Sie erfolgte im Frühjahr 1990 im Rahmen einer Untersuchung zu den Wirkungen des Flächenstilllegungsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland, deren Ergebnisse bisher nicht veröffentlicht wurden.

Im folgenden werden die globalen Ergebnisse dieser Befragungen verglichen. Dieser Vergleich ist wegen der unterschiedlichen Stichproben zwar nur mit Einschränkungen möglich, er wird allerdings - wie sich aus Übersicht 1 ergibt - dadurch erleichtert, daß bei der zweiten Erhebung ähnliche Formulierungen der Fragen an die Landwirte gewählt wurden wie bei der ersten Erhebung. Als Antwortkategorien auf die Fragen waren in beiden Erhebungen vorgesehen: "auf jeden Fall", "auf keinen Fall" und "weiß nicht/egal".

Im Anschluß an den Vergleich der globalen Ergebnisse der Erhebungen aus den Jahren 1987 und 1990 erfolgt eine vertiefende Diskussion der Präferenzen verschiedener Gruppen von Landwirten anhand der aktuelleren Ergebnisse der Befragung aus dem Jahr 1990.

### **2 Vergleich von Befragungsergebnissen aus den Jahren 1987 und 1990**

In Abbildung 1 werden die Präferenzen der befragten Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe für agrarpolitische Konzepte dargestellt. Es werden verglichen die Ergebnisse der Befragung, die im Jahre 1987 in Niedersachsen vorgenommen wurde, mit denen der Befragung, die im Frühjahr 1990 im alten Bundesgebiet durchgeführt wurde. Aus der Abbildung wird deutlich, daß sowohl 1987 als auch 1990 Agrarpreissenkungen mit personenbezogenen Ausgleichszahlungen von den Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe zu einem sehr großen Teil abgelehnt wurden. Und zwar betrug der Anteil derer, die angaben, die Agrarpreise sollten auf gar keinen Fall gesenkt werden, im Jahr 1987 nahezu 2/3, und dieser Anteil war 1990 mit nahezu 70 % noch deutlich höher. Obwohl die nach der Betriebsgröße geschichteten Stichproben nicht voll miteinander vergleichbar sind, ist nicht auszuschließen, daß die unterschiedlichen Anteile der die Agrarpreissenkung ablehnenden Betriebsinhaber darauf hindeuten, daß nach den in den letzten Jahren bereits erfolgten Agrarpreissenkungen der Anteil derer, die solche Preissenkungen für die Zukunft ablehnen, zugenommen hat.

Bei der Kontingentierung der Produktionsmenge und Anhebung der Agrarpreise verhält es sich eher umgekehrt. Während 1987 rd. 42 % der Betriebsinhaber solche Kontingentierungen ablehnten, waren es 1990 nur noch rd. 24 %. Allerdings nahmen die Anteile derer, die meinten, Kontingentierungen sollten auf jeden Fall durchgeführt werden, nicht im selben Umfang zu. Das führte zu einem Anstieg des Anteils derer, die keine Meinung zur Frage der Kontingentierung äußerten. Hinsichtlich der Einstellung zur Kontingentierung deutet sich an, daß die Ablehnung im Jahre 1987, die vermutlich zu einem großen Teil auf die Probleme bei der Einführung der Milchmengenregelung zurückzuführen war, im Jahre 1990 zumindest bei den Inhabern von Betrieben mit Ackerbau nicht mehr so stark im Bewußtsein war. Aus diesem Grunde könnte die Kontingentierung im Vergleich zu einer (weiteren) Senkung der Agrarpreise eher als kleineres Übel empfunden worden sein.

Deutlich zugenommen hat die Zustimmung zu einer Subventionierung des Industriepflanzenanbaus. 70 % der Befragten gaben im Jahre 1990 an, daß der Anbau von Industriepflanzen auf jeden Fall subventioniert werden sollte. Vermindert hat sich auch der Anteil der ablehnenden Antworten zu einer obligatorischen Teilflächenstilllegung mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen, nämlich von 81 % auf rd. 50 % der

Übersicht 1: Formulierung der Fragen zu Präferenzen von Landwirten hinsichtlich agrarpolitischer Alternativen

Formulierung der Fragen : Ein Hauptproblem der Agrarpolitik stellen die ständig steigenden und nicht mehr finanzierbaren Überschüsse dar. Welche der folgenden Möglichkeiten zur Lösung der Überschußprobleme auf den Agrarmärkten (1990 dem Getreidemarkt) sollten die Politiker Ihrer Meinung nach anstreben?	
A n t w o r t k a t e g o r i e n	
Erhebungsjahr 1987 <sup>1)</sup>	Erhebungsjahr 1990 <sup>2)</sup>
Staatliche Angebote zur freiwilligen Verringerung der Produktion gegen Erhalt einer festen Prämie für die nicht produzierte Menge.	
Staatliche Vorschriften zur zwangsweisen Stilllegung von Teilen der Betriebsfläche gegen Erhalt einer flächenbezogenen Ausgleichszahlung.	Staatliche Vorschriften zur Teilflächenstilllegung mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen.
Schrittweise Senkung der Agrarpreise bis Produktionsmenge zurückgeht, gegen Erhalt einer personenbezogenen direkten Einkommensübertragung.	Senkung der Agrarpreise mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen.
Absolute Begrenzung auf die jetzige Produktionsmenge je Betrieb (Kontingente, Quoten) und Anhebung der Agrarpreise.	Kontingentierung der Produktionsmenge und Anhebung der Agrarpreise.
Verstärkte Subventionierung des Anbaus von sog. Industriepflanzen, nachwachsenden Rohstoffen und Eiweißpflanzen.	Verstärkte Subventionierung des Anbaus von sogen. Industriepflanzen, nachwachsenden Rohstoffen und Eiweißpflanzen.
Verteuerung der Dünge- und Pflanzenschutzmittel um 100 % gegen Erhalt einer flächenbezogenen Ausgleichszahlung.	Verteuerung der Dünge- und Pflanzenschutzmittel um 100 % bei flächenbezogenen Ausgleichszahlungen.
	Finanzielle Förderung von Umschulungsmaßnahmen für junge Landwirte.
	Hohe finanzielle Förderungsbeiträge für den alternativen Landbau (ohne mineralische Düngung und chemischen Pflanzenschutz).
<p>1) Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe mit 5 oder mehr ha LF in Niedersachsen.                  2) Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe mit 1 oder mehr ha Ackerfläche, die sich nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm beteiligten, in der (alten) Bundesrepublik Deutschland ohne das Saarland und die Stadtstaaten.</p>	

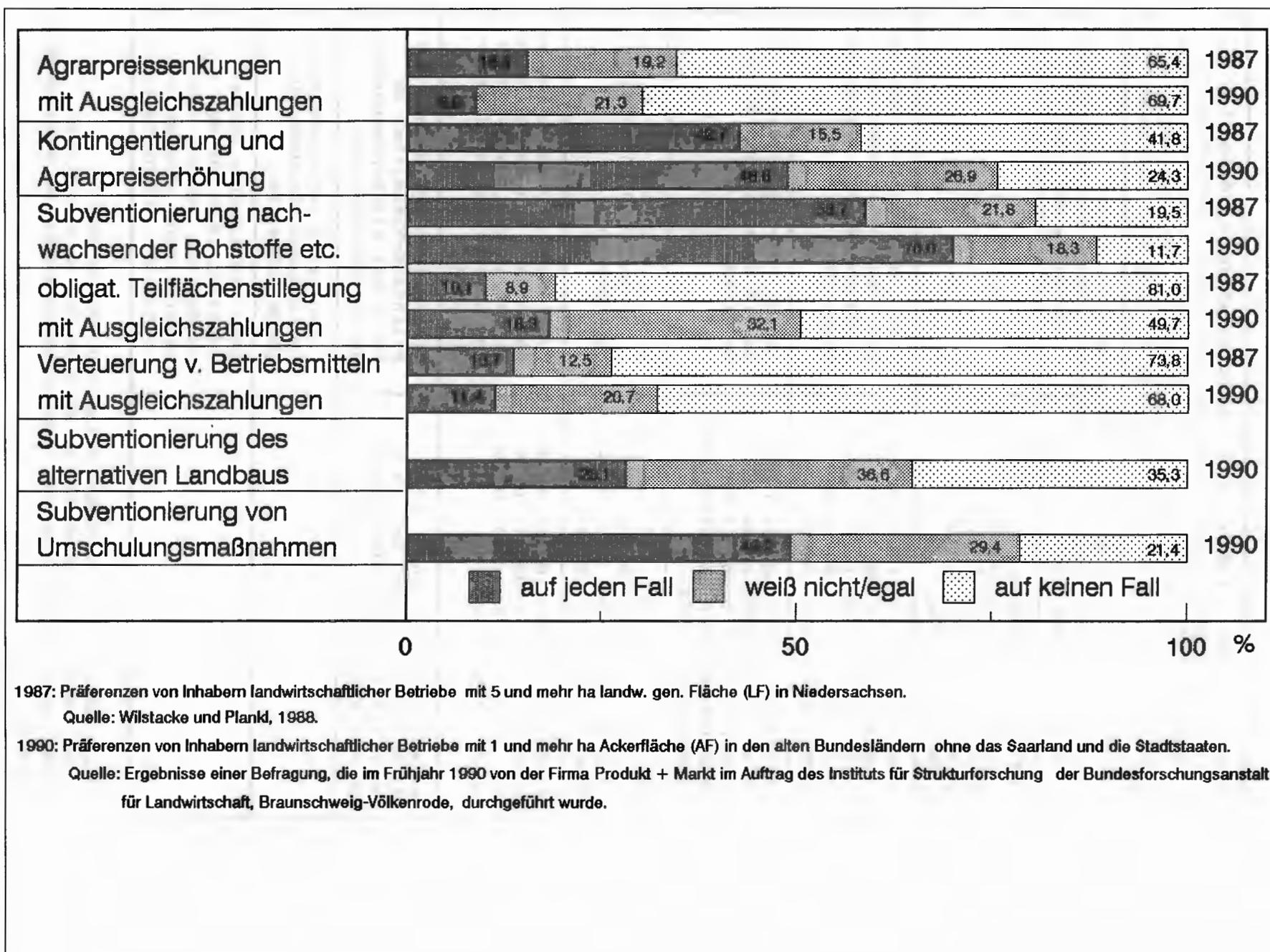


Abbildung 1: Präferenzen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe für agrarpolitische Konzepte

Befragten. Zwar ist auch hier wieder zu bedenken, daß die Stichproben nicht völlig gleich waren, doch scheint die Einsicht, daß Maßnahmen zur Eindämmung von Überschüssen notwendig werden, gewachsen zu sein. Obligatorische Teilflächenstilllegungen werden daher vermutlich - ähnlich wie eine Subventionierung des Industriepflanzenanbaus - häufiger als Weg zur Lösung der Agrarprobleme gesehen. Allerdings ist die Unsicherheit, wie sich obligatorische Flächenstilllegungen und entsprechende Ausgleichszahlungen möglicherweise im eigenen Betrieb auswirken, offensichtlich sehr groß. Das führt zu hohen Anteilen derer, die keine eindeutige Meinung zu solchen Flächenstilllegungen äußerten. Obwohl der Bauernverband diese Politik als notwendig erachtet, besteht demnach die Gefahr, daß solche Flächenstilllegungen in noch größerem Maße abgelehnt werden, wenn sie in praktische Politik umgesetzt werden. Eine Politik der Verteuerung von Betriebsmitteln mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen scheint 1990 zwar seltener auf Ablehnung, jedoch nicht häufiger auf Zustimmung zu stoßen als 1987. Vielmehr stiegen die Anteile derer, die hierzu keine eindeutige Meinung äußerten.

Zur Förderung des alternativen Landbaus und zur Umschulung von jungen Landwirten waren 1987 keine Fragen gestellt worden. Ein Vergleich zwischen den beiden Stichproben ist demnach nicht möglich. 1990 äußerten sich nur rd. 28 % der befragten Landwirte positiv zu einer Subventionierung des alternativen Landbaus zur Verminderung der Getreideüberschüsse. 37 % der Befragten äußerten keine Meinung zu dieser Frage, und weitere rd. 35 % gaben an, der alternative Landbau sollte auf keinen Fall gefördert werden. Deutlich häufiger war dagegen die Zustimmung zu einer Förderung der Umschulung von jungen Landwirten für nichtlandwirtschaftliche Berufe. Nahezu die Hälfte der Befragten meinte, dies solle auf jeden Fall durchgeführt werden. Der Anteil derer, die keine Meinung dazu äußerten, war allerdings auch hier mit nahezu 30 % der Befragten recht hoch.

Wenn man die in Abbildung 1 wiedergegebenen Ergebnisse zusammenfaßt, deutet sich an, daß die Befragten von einer Reihe agrarpolitischer Maßnahmen zur Verminderung von Agrarüberschüssen Nachteile erwarten und daß sie diese Maßnahmen aus diesem Grund ablehnen. Eine sehr hohe Zustimmung fand lediglich die Subventionierung des Anbaus von Industriepflanzen bzw. nachwachsenden Rohstoffen. Offensichtlich versprachen sich die Landwirte von dieser Subventionierung einen Beitrag zur Lösung ihrer Einkommensprobleme. Ähnliches gilt auch für Kontingentierungen sowie die Förderung der Umschulung von jungen Landwirten.

### **3 Agrarpolitische Präferenzen von Nichtteilnehmern am EG-Flächenstilllegungsprogramm**

#### **3.1 Merkmale zur Unterscheidung von landwirtschaftlichen Betrieben bzw. Haushalten**

Nach dem Versuch, einige Veränderungen von agrarpolitischen Präferenzen der Landwirte im Zeitablauf herauszuarbeiten, wird im folgenden auf Unterschiede hinsichtlich der Beurteilung solcher Maßnahmen durch unterschiedliche Gruppen von Landwirten eingegangen. Dazu werden in den Tabellen 1 bis 7 für jeweils eine agrarpolitische Alternative neben der Anzahl derer, die Angaben machten, die Verteilungen der Antworten auf die Antwortkategorien, die Politiker sollten die Maßnahme "auf jeden Fall", "auf keinen Fall" oder "weiß nicht/egal" anstreben, zunächst noch einmal für alle Landwirte, die sich zu diesem Themenbereich äußerten, ausgewiesen.

Daran schließt sich in den Tabellen eine Differenzierung nach ausgewählten Merkmalen der Haushalte bzw. der Betriebe an. Es wird unterschieden nach Gruppen von Bundesländern, und zwar den später als "nördlich" bezeichneten Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und den als "südlich" bezeichneten Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Bei der Unterscheidung der Betriebe nach dem Betriebssystem werden "Marktfruchtbetrieben" die als "Nicht-Marktfruchtbetriebe" bezeichneten Futterbau-, Veredlungs- und Gemischtbetriebe gegenübergestellt.

Zur Charakterisierung der Betriebsgröße wird die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) und ein Maß für die Einkommenskapazität der Betriebe, das sogen. Standardbetriebseinkommen, herangezogen. Als "klein" werden Betriebe mit einer LF unter 30 ha bzw. unter 40 000,- DM Standardbetriebseinkommen bezeichnet. Diese "kleineren" Betriebe werden mit den "größeren" Betrieben, die diese Grenzen überschreiten, verglichen.

Eine sozio-ökonomische Klassifizierung der Betriebe bzw. Haushalte erfolgt anhand der Antworten auf die Fragen, ob der Betrieb im Haupterwerb, d. h. der Betriebsinhaber ist überwiegend im landwirtschaftlichen Betrieb tätig und mehr als 50 % des Erwerbseinkommens des Betriebsinhabers und seines Ehegatten stammen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb, oder im Nebenerwerb bewirtschaftet wird sowie anhand der Angaben der Befragten zur Verteilung der Arbeitszeit des Betriebsinhabers, seines Ehegatten sowie eines eventuell vorhandenen Hofnachfolgers auf Tätigkeiten im landwirtschaftlichen Betrieb einerseits und dem Haushalt des Betriebsinhabers und eine außerbetriebliche Erwerbstätigkeit andererseits. Als "Haupterwerbsbetriebe" werden im folgenden sowohl die Gruppe von Haushalten bzw. Betrieben bezeichnet, die sich selbst als Haupterwerbsbetriebe einstuften, also auch die, in denen die Arbeitszeit des oben genannten Kernhaushalts überwiegend im Betrieb eingesetzt wird. Die "Nebenerwerbsbetriebe" bilden entsprechend die Kontrastgruppe.

Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die davon ausgehen, daß ihre Betriebe noch längere Zeit bewirtschaftet werden, unterscheiden sich vermutlich hinsichtlich ihrer Präferenzen für agrarpolitische Maßnahmen von solchen Betriebsinhabern, welche davon ausgehen, daß ihre Betriebe nur noch begrenzte Zeit in der Produktion bleiben. Aus diesem Grunde wurden Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe unter 45 Jahren sowie solche im Alter von 55 und mehr Jahren mit einem Hofnachfolger von Inhabern unterschieden, die im Alter zwischen 45 und 55 Jahren bzw. die 55 Jahre und älter waren und keinen Hofnachfolger hatten, von dem sie annahmen, daß er den Betrieb weiterbewirtschaften werde. Die zuletzt genannten werden im folgenden als "längerfristig auslaufende", die Kontrastgruppe als "längerfristig weiterbewirtschaftete" Betriebe bezeichnet.

Betriebsinhaber, deren landwirtschaftliche Ausbildung über eine Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinausgeht, werden als "überdurchschnittlich gut ausgebildete", diejenigen, bei denen das nicht der Fall ist, als "durchschnittlich ausgebildete" Betriebsinhaber bezeichnet. In den Tabellen wird darüber hinaus zwischen Betriebsinhabern unterschieden, die "steigende oder gleichbleibende" oder "weiter fallende" Getreidepreise erwarteten. Die letzte Gruppierung in den Tabellen erfolgt anhand der Antworten auf die Frage, ob der Betriebsinhaber seine Chance, künftig die Probleme in seinem Betriebe zu meistern, "besser" bzw. etwa "gleich gut oder schlechter" einschätzte als die in Betrieben seiner Umgebung.

3.2 Agrarpreissenkungen mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen (Tabelle 1)

senkungen bestehen zwischen den Betriebsinhabern in den "nördlichen" und den "südlichen" Bundesländern keine signifikanten Unterschiede, d. h. die Hypothese, daß die Verteilungen der Einstellungen zur Politik gleich sind, konnte anhand

Hinsichtlich der Häufigkeit der Ablehnung von Agrarpreis-

Tabelle 1: **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm beteiligt haben, zu einer Agrarpreissenkung als agrarpolitischer Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen nach ausgewählten Merkmalen** <sup>1)</sup>

M e r k m a l		Die Politiker sollten eine "Senkung der Agrarpreise mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen" anstreben			
		Anzahl der Nennungen <sup>3)</sup>	auf jeden Fall	darunter % auf keinen Fall	weiß nicht, egal
Betriebsinhaber insgesamt		752	8,9	69,7	21,3
Bundesländer <sup>2)</sup>	Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	239	7,7	68,8	23,5
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern	513	9,5	70,1	20,4
Betriebssystem**	Marktfrochtbetriebe	318	8,2	75,2	16,6
	Futterbau-, Veredlungs-, Gemischtbetriebe	434	9,5	65,7	24,8
Betriebsgröße**	unter 30 ha LF	594	9,7	67,1	23,1
	30 ha LF und mehr	158	5,9	79,4	14,6
Standardbetriebseinkommen**	unter 40 000 DM	531	9,5	66,8	23,8
	40 000 DM und mehr	220	7,7	77,2	15,0
Sozio-ökonomischer Betriebstyp**	Nebenerwerb	393	10,0	63,3	26,6
	Haupterwerb	359	7,7	76,7	15,6
Verteilung der Tätigkeit von Betriebsinhaber, Ehegatte und Hofnachfolger <sup>4)</sup>	Außerbetriebliche Tätigkeit <sup>5)</sup> ist größer oder gleich der betrieblichen	477	9,6	67,2	23,1
	Tätigkeit im Betrieb ist größer	274	7,7	74,1	18,2
Alter vom Betriebsinhaber und Hofnachfolge**	Alter unter 45 Jahre oder 55 Jahre und älter mit Hofnachfolger <sup>4)</sup>	304	9,9	75,7	14,3
	Alter 45 bis unter 55 Jahre oder 55 Jahre und älter ohne Hofnachfolger <sup>4)</sup>	386	8,6	67,4	24,1
Landwirtschaftliche Ausbildung des Betriebsinhabers**	geht nicht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	625	9,8	66,4	23,8
	geht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	127	4,6	86,3	9,1
Betriebsinhaber erwartet in den nächsten Jahren ... Getreidepreise	steigende oder gleichbleibende	213	11,1	66,3	22,6
	weiter fallende	536	8,1	71,2	20,7
Inhaber schätzt die Chance, die zu erwartenden "schlechteren Zeiten" in seinem Betrieb zu meistern... ein als in Betrieben seiner Umgebung	besser	213	12,3	58,5	29,2
	etwa gleich gut oder schlechter	536	11,1	72,1	16,9

1) Die Ergebnisse wurden gewichtet, um die durch die Schichtung der Betriebe nach der Betriebsgröße entstandenen Verzerrungen zu korrigieren. Tests auf Signifikanz der Unterschiede zwischen Antwortverteilungen wurden anhand der ungewichteten Stichprobe vorgenommen. Merkmale, bei denen Signifikanz festgestellt werden konnte, wurden durch Sterne kenntlich gemacht. Ein bzw. zwei Sterne haben folgende Bedeutung: Die Hypothese, daß sich die Verteilungen der Einstellungen zur Politik in Abhängigkeit vom jeweiligen geschichteten Merkmal nicht unterscheiden, kann gemäß Chi-Quadrat-Test bei einem Signifikanzniveau von  $\alpha = 0,1$  (\*) bzw.  $\alpha = 0,05$  (\*\*) zurückgewiesen werden. - 2) In den Stadtstaaten und im Saarland wurden keine Befragungen vorgenommen. - 3) Es liegen insgesamt 752 auswertbare Ergebnisse der Befragung von Nichtteilnehmern vor. Durch fehlende Angaben zu einzelnen Merkmalen kann sich diese Anzahl verringern. Die Summen aus den Nennungen bei den einzelnen Merkmalen (z.B. Betriebe mit weniger als 30 ha LF und 30 u.m. ha LF zusammen genommen) entsprechen daher nicht notwendigerweise der in der ersten Zeile angegebenen Anzahl der Nennungen oder der Zahl der insgesamt auswertbaren Fälle. - 4) Als Hofnachfolger wird eine vom Betriebsinhaber genannte Person angesehen, wenn sie 15 Jahre oder älter ist und entweder überwiegend im landwirtschaftlichen Betrieb des Inhabers tätig ist oder eine landwirtschaftliche Berufsausbildung hat. - 5) Tätigkeit im Haushalt des Betriebsinhabers sowie außerbetriebliche Erwerbstätigkeit.

Quelle: Ergebnisse einer Befragung, die im Frühjahr 1990 von der Firma Produkt + Markt im Auftrag des Instituts für Strukturforchung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Braunschweig-Völkenrode, durchgeführt wurde.

des Chi-Quadrat-Tests nicht zurückgewiesen werden. Signifikante Unterschiede sind dagegen zwischen den Inhabern von "Marktfruchtbetrieben" und solchen von "Nicht-Marktfruchtbetrieben" festzustellen. Während etwas mehr als 3/4 der Inhaber von "Marktfruchtbetrieben" angaben, eine Senkung der Agrarpreise mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen solle auf keinen Fall durchgeführt werden, betrug dieser Anteil bei der Kontrastgruppe nur knapp 2/3. Bei den Inhabern von "Nicht-Marktfruchtbetrieben" war allerdings die Unsicherheit hinsichtlich der Beurteilung einer solchen Maßnahme vermutlich größer. Immerhin nahezu 1/4 dieser Inhaber äußerten sich nicht eindeutig zu den politischen Maßnahmen.

Unabhängig davon, ob man die Betriebsgröße in ha landwirtschaftlich genutzter Fläche oder anhand des Standardbetriebseinkommens mißt, ergeben sich signifikante Verteilungsunterschiede der Präferenzen zwischen Betrieben unterschiedlicher Größe. Inhaber "größerer" Betriebe lehnten zu größeren Anteilen eine Senkung der Agrarpreise ab als Inhaber "kleinerer" Betriebe, die allerdings zu dieser Frage häufig keine eindeutige Stellung bezogen, d. h. mit "weiß nicht/egal" antworteten. Rd. 10 % von ihnen gaben jedoch an, Agrarpreissenkungen mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen sollten als agrarpolitische Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen eingesetzt werden.

Bei einer Differenzierung nach dem sozialökonomischen Typ der Betriebe ergibt sich ein ähnliches Bild. Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" lehnten zu signifikant geringeren Anteilen eine Senkung der Agrarpreise mit Ausgleichszahlungen ab als die von "Haupterwerbsbetrieben". Die Häufigkeit einer nicht eindeutigen Einschätzung dieser Maßnahme war allerdings in "Nebenerwerbsbetrieben" ebenfalls höher als in "Haupterwerbsbetrieben". Rd. 10 % der Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" im Vergleich zu 8 bzw. rd. 9 % der Inhaber von "Haupterwerbsbetrieben" gaben an, eine Senkung der Agrarpreise bei Gewährung von Ausgleichszahlungen sollte in jedem Fall durchgeführt werden.

Erwartungsgemäß waren die Anteile derer, die Agrarpreissenkungen ablehnten, bei Inhabern mit "längerfristig weiterbewirtschafteten" Betrieben signifikant größer als bei den Inhabern mit "längerfristig auslaufenden" Betrieben. Zwar waren sich letztere bei der Einschätzung von Preissenkungen mit Härteausgleichsmaßnahmen häufiger unsicher - rd. 23 % von ihnen wollten keine eindeutigen Angaben machen - aber auch die Anteile derer, die diese Maßnahme ablehnten, waren mit rd. 67 % niedriger als bei denen mit "längerfristig weiterbewirtschafteten" Betrieben, bei denen die Ablehnungsrate rd. 76 % betrug. Immerhin rd. 10 % der jüngeren Betriebsinhaber bzw. der älteren Betriebsinhaber mit einem Hofnachfolger standen einer Senkung der Agrarpreise mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen positiv gegenüber. Man kann vermuten, daß sich diese Betriebsinhaber - ähnlich wie die Inhaber "kleinerer" Betriebe bzw. die Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" - geringere Nachteile von der Einführung einer solchen Politik versprochen als bei anderen agrarpolitischen Maßnahmen.

Differenziert man die Betriebsinhaber nach ihrer landwirtschaftlichen Berufsausbildung, so ergibt sich, daß die "überdurchschnittlich gut ausgebildeten" Betriebsinhaber zu rd. 86 % Agrarpreissenkungen mit Härteausgleich ablehnten. Mit nur 9 % waren die Anteile derer, die keine Meinung zu dieser Politik äußerten, vergleichsweise klein. Mit dieser Verteilung der Antworten unterschieden sich die "überdurchschnittlich gut ausgebildeten" Betriebsinhaber signifikant von denen, die "durchschnittlich gut ausgebildet" waren.

Mit Hilfe der nächsten beiden Gruppierungen der Befragten

in Tabelle 1 wurde der Versuch gemacht, festzustellen, ob sich die Präferenzen der Betriebsinhaber in Abhängigkeit von ihrer Einschätzung der künftigen Entwicklung der Getreidepreise bzw. der Chancen, die sie ihrem eigenen Betrieb für die Zukunft einräumen, unterscheiden. Dabei ergab sich, daß Betriebsinhaber mit der Erwartung "steigender oder gleichbleibender" Getreidepreise sich hinsichtlich ihrer Einstellung zu Agrarpreissenkungen nicht signifikant von denen unterschieden, die "weiter fallende" Getreidepreise erwarteten. Ähnliches galt auch für Betriebsinhaber, die davon ausgingen, daß sie die Probleme in der Zukunft "besser" meistern würden als ihre Kollegen in der Umgebung: Zwischen ihnen und jenen, die künftig "gleich gute oder schlechtere" Chancen für ihre Betriebe erwarteten, bestanden keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich ihrer Präferenzen für eine Senkung der Agrarpreise mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen zur Lösung der Überschussprobleme.

### 3.3 Kontingentierung der Produktionsmenge und Anhebung der Agrarpreise (Tabelle 2)

Im Unterschied zur Senkung der Agrarpreise ergaben sich zwischen den befragten Betriebsinhabern in den "nördlichen" und jenen in den "südlichen" Bundesländern signifikante Unterschiede der Präferenzen für eine Kontingentierung der Produktionsmenge in Verbindung mit einer Anhebung der Agrarpreise. In den "nördlichen" Bundesländern war die Zustimmung zu einer solchen Politik deutlich häufiger als in den "südlichen". Ähnliche - und ebenfalls signifikant unterschiedliche - Verteilungsmuster ergeben sich auch bei einer Differenzierung nach der Betriebsgröße. Die höheren Anteile kleinerer Betriebe in den "südlichen" Bundesländern mögen dazu geführt haben, daß hier eine unsichere Einschätzung der Kontingentierung als einer agrarpolitischen Maßnahme häufiger anzutreffen war.

Zwischen den Betriebssystemen waren keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Präferenzen festzustellen. Bei der Gruppierung nach sozioökonomischen Betriebstypen ergaben sich dagegen wieder signifikante Unterschiede: Bei den Inhabern von "Haupterwerbsbetrieben" waren die Anteile derjenigen, die auf jeden Fall eine Kontingentierung der Produktionsmenge in Verbindung mit einer Anhebung der Agrarpreise begrüßen würden, größer als bei den Inhabern von "Nebenerwerbsbetrieben". Allerdings lagen die Anteile derjenigen, die auf keinen Fall eine solche Politik befürworten würden, bei den Inhabern von "Haupterwerbsbetrieben" ebenfalls höher. Offensichtlich waren die Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" wieder insgesamt häufiger unentschieden hinsichtlich der Einschätzung dieser agrarpolitischen Maßnahme.

Bei einer Unterscheidung nach "längerfristig auslaufenden" und "längerfristig weiterbewirtschafteten" Betrieben ergab sich überraschenderweise, daß Inhaber von "längerfristig weiterbewirtschafteten" Betrieben zu deutlich höheren Anteilen als die übrigen angaben, eine Kontingentierung der Produktionsmenge mit Anhebung der Agrarpreise sollte auf jeden Fall durchgeführt werden. Zwar war die statistische Absicherung dieser Unterschiede mit Hilfe des Chi-Quadrat-Tests nur auf einem niedrigen Signifikanzniveau möglich, die Unterschiede deuten aber darauf hin, daß sich die Betriebsinhaber, die davon ausgingen, daß ihre Betriebe "längerfristig weiterbewirtschaftet" werden, von einer Kontingentierung in Verbindung mit einer Anhebung der Agrarpreise größere Vorteile als von anderen agrarpolitischen Maßnahmen zur Verminderung der Überschüsse versprochen. Ähnliches scheint für die "überdurchschnittlich gut ausgebildeten" Betriebsinhaber zu gelten.

Betriebsinhaber, die von "weiter fallenden" Getreidepreisen ausgingen, sahen in einer Kontingentierung der Produktionsmenge bei Anhebung der Agrarpreise zu signifikant höheren Anteilen eine Chance, die Probleme auf den Getreidemärkten zu lösen als solche, die von "steigenden oder gleichbleibenden" Getreidepreisen ausgingen. Rd. 51 % dieser Betriebsinhaber gaben an, die Agrarpolitiker sollten auf jeden Fall diese Politik verfolgen. Betriebsinhaber hingegen, die "steigende oder gleichbleibende" Getreidepreise erwarteten, präferierten dagegen nur zu rd. 42 % eine Kontingentierung der Produktionsmenge mit Anhebung der Agrarpreise. Die letzteren äußerten allerdings zu mehr als 1/3 keine dezidierte Meinung.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei einer Differenzierung nach der Einschätzung der Betriebsinhaber, ob sie die Probleme künftig "besser" bzw. "gleich gut oder schlechter" bewältigen würden als die Landwirte in ihrer Umgebung. Während die zuerst genannten Betriebsinhaber zu rd. 57 % angaben, die Politiker sollten zu Kontingentierung und Anhebung der Agrarpreise greifen, gaben nur rd. 48 % der an zweiter Stelle genannten Landwirte an, daß auf jeden Fall diese Politik verfolgt werden sollte, äußerten allerdings wieder zu deutlich größeren Anteilen keine eindeutige Meinung zu dieser Politik. Anzumerken ist, daß die Hypothese der Gleichheit der Verteilungen lediglich auf einem niedrigeren Signifikanzniveau zu-

Tabelle 2: **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm beteiligt haben, zur Kontingentierung als agrarpolitischer Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen nach ausgewählten Merkmalen** <sup>1)</sup>

Merkmal		Die Politiker sollten eine "Kontingentierung der Produktionsmenge und Anhebung der Agrarpreise" anstreben			
		Anzahl der Nennungen <sup>3)</sup>	auf jeden Fall	darunter % auf keinen Fall	weiß nicht, egal
Betriebsinhaber insgesamt		750	48,8	24,3	26,9
Bundesländer <sup>2)</sup> **	Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	237	55,6	24,2	20,2
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern	512	45,7	24,4	29,9
Betriebssystem	Marktfruchtbetriebe	317	48,4	25,3	26,2
	Futterbau-, Veredlungs-, Gemischtbetriebe	433	49,1	23,6	27,3
Betriebsgröße*	unter 30 ha LP	593	48,2	23,6	28,2
	30 ha LP und mehr	157	51,1	27,2	21,7
Standardbetriebseinkommen**	unter 40 000 DM	530	47,1	23,2	29,7
	40 000 DM und mehr	218	52,7	27,2	20,1
Sozio-ökonomischer Betriebstyp**	Nebenerwerb	391	45,0	21,8	33,2
	Haupterwerb	358	55,0	27,1	19,9
Verteilung der Tätigkeit von Betriebsinhaber, Ehegatte und Hofnachfolger <sup>4)</sup> **	Außerbetriebliche Tätigkeit <sup>5)</sup> ist größer oder gleich der betrieblichen	476	44,8	24,4	30,8
	Tätigkeit im Betrieb ist größer	273	55,7	24,2	20,0
Alter vom Betriebsinhaber und Hofnachfolge*	Alter unter 45 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>mit</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	302	55,5	23,8	20,8
	Alter 45 bis unter 55 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>ohne</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	386	45,3	25,1	29,6
Landwirtschaftliche Ausbildung des Betriebsinhabers**	geht nicht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	623	48,1	22,9	29,0
	geht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	127	52,1	31,4	16,5
Betriebsinhaber erwartet in den nächsten Jahren ... Getreidepreise**	steigende oder gleichbleibende	212	41,7	23,8	34,5
	weiter fallende	535	51,4	24,7	24,0
Inhaber schätzt die Chance, die zu erwartenden "schlechteren Zeiten" in seinem Betrieb zu meistern... ein als in Betrieben seiner Umgebung*	besser	107	56,6	26,5	16,8
	etwa gleich gut oder schlechter	641	47,6	24,0	28,4

Fußnoten und Quelle, siehe Tabelle 1.

rückgewiesen werden konnte als bei der Differenzierung nach der Einschätzung hinsichtlich der Höhe der Getreidepreise.

### 3.4 Verstärkte Subventionierung des Anbaus von sogenannten Industriepflanzen, nachwachsenden Rohstoffen und Eiweißpflanzen (Tabelle 3)

Von einer Subventionierung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe zur Lösung der Probleme auf den Getreidemärkten versprachen sich offensichtlich in den "nördlichen" Bundes-

ländern erheblich größere Anteile der Betriebsinhaber einen Beitrag zur Lösung der Überschussprobleme als in den "südlichen". 75 % der Ersteren gaben an, die Politiker sollten auf jeden Fall durch eine verstärkte Subventionierung des Anbaus von sogen. Industriepflanzen, nachwachsenden Rohstoffen und Eiweißpflanzen einen Beitrag zur Lösung der Probleme auf den Getreidemärkten leisten. Dieser Anteil betrug in den "südlichen" Ländern nur 68 %. Eine Absicherung dieser Unterschiede war allerdings nur auf niedrigem Signifikanzniveau möglich.

Bei einer Gruppierung der Betriebe nach dem Betriebssystem stellte sich heraus, daß die Inhaber von "Marktfruchtbe-

Tabelle 3: **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nicht am EG-Flächenstilligungsprogramm beteiligt haben, zur Subventionierung der Produktion nachwachsender Rohstoffe als agrarpolitischer Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen nach ausgewählten Merkmalen** <sup>1)</sup>

M e r k m a l		Die Politiker sollten eine "verstärkte Subventionierung des Anbaus von sog. Industriepflanzen, nachwachsenden Rohstoffen und Eiweißpflanzen" anstreben			
		Anzahl der Nennungen <sup>3)</sup>	auf jeden Fall	darunter % auf keinen Fall	weiß nicht, egal
Betriebsinhaber insgesamt		752	70,0	11,7	18,3
Bundesländer <sup>2)</sup>	Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	239	75,2	8,7	16,1
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern	513	67,6	13,0	19,4
Betriebsystem <sup>**</sup>	Marktfruchtbetriebe	318	74,1	7,3	18,5
	Futterbau-, Veredlungs-, Gemischtbetriebe	434	66,9	14,9	18,2
Betriebsgröße <sup>**</sup>	unter 30 ha LF	594	67,5	12,3	20,2
	30 ha LF und mehr	158	79,3	9,2	11,5
Standardbetriebseinkommen <sup>**</sup>	unter 40 000 DM	531	66,6	11,7	21,6
	40 000 DM und mehr	220	77,9	11,6	10,5
Sozio-ökonomischer Betriebstyp <sup>**</sup>	Nebenerwerb	393	64,1	11,2	24,7
	Haupterwerb	359	76,5	12,2	11,4
Verteilung der Tätigkeit von Betriebsinhaber, Ehegatte und Hofnachfolger <sup>4)</sup> **	Außerbetriebliche Tätigkeit <sup>5)</sup> ist größer oder gleich der betrieblichen	477	65,7	10,6	23,7
	Tätigkeit im Betrieb ist größer	274	77,5	13,6	9,0
Alter vom Betriebsinhaber und Hofnachfolge <sup>**</sup>	Alter unter 45 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>mit</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	304	77,2	10,9	11,9
	Alter 45 bis unter 55 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>ohne</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	386	66,7	13,1	20,2
Landwirtschaftliche Ausbildung des Betriebsinhabers <sup>**</sup>	geht nicht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	625	67,9	12,2	20,0
	geht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	127	80,4	9,3	10,3
Betriebsinhaber erwartet in den nächsten Jahren ... Getreidepreise <sup>**</sup>	steigende oder gleichbleibende	213	62,2	10,2	27,6
	weiter fallende	536	73,2	12,3	14,5
Inhaber schätzt die Chance, die zu erwartenden "schlechteren Zeiten" in seinem Betrieb zu meistern... ein als in Betrieben seiner Umgebung	besser	109	76,7	9,3	14,0
	etwa gleich gut oder schlechter	642	68,8	12,1	19,1

Fußnoten und Quelle, siehe Tabelle 1.

etrieben" zu beinahe 3/4 meinten, daß eine Subventionierung von nachwachsenden Rohstoffen auf jeden Fall zur Entlastung auf den Märkten beitragen könnte. Diese Anteile lagen bei den "Nicht-Marktfruchtbetrieben" bei etwa 2/3 und erwiesen sich damit als signifikant niedriger als bei den "Marktfruchtbetrieben". Bemerkenswert ist allerdings, daß rd. 15 % der Inhaber von "Nicht-Marktfruchtbetrieben" eine Subventionierung des Anbaus von sogen. Industriepflanzen, nachwachsenden Rohstoffen und Eiweißpflanzen ablehnten. Viele dieser Betriebsinhaber befürchteten möglicherweise, daß sie durch eine Politik der Verdrängung des Imports von Futtermitteln Nachteile erleiden würden, weil sich durch diese Verdrängung die zugekauften Futtermittel verteuern könnten.

Unabhängig davon, ob man die Betriebsgröße anhand der landwirtschaftlich genutzten Fläche oder des Standardbetriebsinkommens mißt, ergeben sich ebenfalls signifikante Unterschiede zwischen "kleineren" und "größeren" Betrieben hinsichtlich der Präferenzen der Betriebsinhaber für eine Subventionierung des Anbaus von sogen. Industriepflanzen, nachwachsenden Rohstoffen und Eiweißpflanzen. Während die Inhaber "kleinerer" Betriebe zu 1/5 keine eindeutige Meinung zu einer solchen Politik äußerten und nur zu 2/3 angaben, die Politiker sollten auf jeden Fall eine solche Politik durchführen, lag der Anteil der zustimmenden Inhaber "größerer" Betriebe bei nahezu 80 %. Entsprechend niedriger waren bei den letzteren die Anteile derer, die sagten, die Poli-

Tabelle 4: **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm beteiligt haben, zur obligatorischen Teilflächenstilllegung als agrarpolitischer Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen nach ausgewählten Merkmalen** <sup>1)</sup>

M e r k m a l		Die Politiker sollten "staatliche Vorschriften zur Teilflächenstilllegung mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen" anstreben			
		Anzahl der Nennungen <sup>3)</sup>	auf jeden Fall	darunter % auf keinen Fall	weiß nicht, egal
Betriebsinhaber insgesamt		752	18,3	49,7	32,1
Bundesländer <sup>2)</sup>	Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	239	22,0	48,4	29,6
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern	513	16,5	50,3	33,2
Betriebssystem <sup>*</sup>	Marktfruchtbetriebe	318	23,0	46,7	30,3
	Futterbau-, Veredlungs-, Gemischtbetriebe	434	14,8	51,9	33,3
Betriebsgröße <sup>**</sup>	unter 30 ha LF	594	16,0	49,6	34,3
	30 ha LF und mehr	158	26,6	49,9	23,4
Standardbetriebseinkommen <sup>**</sup>	unter 40 000 DM	531	17,1	47,4	35,5
	40 000 DM und mehr	220	21,2	55,0	23,8
Sozio-ökonomischer Betriebstyp <sup>**</sup>	Nebenerwerb	393	15,1	47,9	37,0
	Haupterwerb	359	21,7	51,6	26,7
Verteilung der Tätigkeit von Betriebsinhaber, Ehegatte und Hofnachfolger <sup>4)</sup>	Außerbetriebliche Tätigkeit <sup>5)</sup> ist größer oder gleich der betrieblichen	477	17,0	48,2	34,7
	Tätigkeit im Betrieb ist größer	274	20,4	52,2	27,4
Alter vom Betriebsinhaber und Hofnachfolge	Alter unter 45 Jahre oder 55 Jahre und älter mit Hofnachfolger <sup>4)</sup>	304	16,7	55,2	28,0
	Alter 45 bis unter 55 Jahre oder 55 Jahre und älter ohne Hofnachfolger <sup>4)</sup>	386	20,6	46,9	32,5
Landwirtschaftliche Ausbildung des Betriebsinhabers <sup>*</sup>	geht nicht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	625	17,3	49,2	33,5
	geht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	127	23,1	52,2	24,7
Betriebsinhaber erwartet in den nächsten Jahren ... Getreidepreise <sup>**</sup>	steigende oder gleichbleibende	213	11,6	49,8	38,6
	weiter fallende	536	21,0	49,4	29,6
Inhaber schätzt die Chance, die zu erwartenden "schlechteren Zeiten" in seinem Betrieb zu meistern... ein als in Betrieben seiner Umgebung <sup>**</sup>	besser	109	19,7	61,3	19,0
	etwa gleich gut oder schlechter	642	18,0	47,8	34,2
Fußnoten und Quelle, siehe Tabelle 1.					

tiker sollten dies auf keinen Fall tun und die derjenigen, die keine dezidierte Meinung zu dieser Politik äußerten.

Gliedert man Betriebe in sozioökonomische Typen, so ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Differenzierung nach der Betriebsgröße. Auch hier sind signifikante Unterschiede festzustellen. Während Inhaber von "Haupterwerbsbetrieben" zu über 3/4 angaben, die Politiker sollten die o. g. Politik durchführen, betrug dieser Anteil bei den Inhabern von "Nebenerwerbsbetrieben" weniger als 2/3. Bei den letzteren waren Befragte ohne eindeutige Meinungsäußerung weiter verbreitet als bei den zuerst genannten Betriebsinhabern.

Signifikante Unterschiede sind ebenfalls festzustellen, wenn man die Betriebsinhaber nach ihrem Alter und der Hofnachfolge differenziert. Inhaber von "längerfristig weiterbewirtschafteten" Betrieben gaben zu 77 % an, die Politiker sollten auf jeden Fall die o. g. Politik durchführen; bei den Inhabern von "längerfristig auslaufenden" Betrieben betrug dieser Anteil nur rd. 67 %, und der Anteil derjenigen ohne eindeutige Meinungsäußerung lag hier höher. Das gilt in ähnlicher Weise auch für die "durchschnittlich ausgebildeten" Betriebsinhaber. Auch diese Betriebsinhaber gaben zu 20 % keine eindeutige Stellungnahme zu ihrer Einschätzung dieser Politik ab und zu rd. 68 % an, die Politiker sollten diese Politik auf jeden Fall durchführen. Bei den "überdurchschnittlich gut ausgebildeten" Betriebsinhabern lagen die Anteile derer, die einer solchen Politik zustimmten, dagegen bei mehr als 80 %. Auch diese Unterschiede waren signifikant. Da man davon ausgehen kann, daß besser ausgebildete Betriebsinhaber im Meinungsbildungsprozeß eine relativ große Rolle spielen, ist verständlich, daß auch seitens des Bauernverbandes die Durchführung einer solchen Politik präferiert wird.

Ähnlich wie hinsichtlich der Einstellung zu einer Kontingentierung zeigte sich auch bei der Einschätzung einer Subventionierung nachwachsender Rohstoffe, daß Betriebsinhaber, die von "weiter fallenden" Getreidepreisen ausgingen, zu deutlich höheren Anteilen die Durchsetzung einer solchen Politik befürworteten. Das galt auch für diejenigen Betriebsinhaber, die ihre eigenen Chancen, die künftigen Probleme zu meistern, als "besser" einschätzten als die ihrer Nachbarn. Die Unterschiede zwischen den Verteilungen nach der Einschätzung der eigenen Chancen der Betriebsinhaber waren statistisch allerdings nicht gesichert.

### 3.5 Staatliche Vorschriften zur Teilflächenstilllegung mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen (Tabelle 4)

Hinsichtlich der Präferenzen für eine vorgeschriebene (obligatorische) Stilllegung von Teilflächen ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Betriebsinhabern in den "nördlichen" und den "südlichen" Bundesländern. Bei der Unterscheidung nach Betriebssystemen ergab sich dagegen, daß die Inhaber von "Marktfruchtbetrieben" zu einem signifikant geringeren Anteil obligatorische Flächenstilllegungen ablehnten als die Inhaber von "Nicht-Marktfruchtbetrieben". Die erstgenannten gaben zu 23 % im Vergleich zu 15 % der zweitgenannten an, daß staatliche Vorschriften zur Teilflächenstilllegung mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen in jedem Falle durchgeführt werden sollten. Diese Unterschiede hinsichtlich des Antwortverhaltens sind möglicherweise darauf zurückzuführen, daß Inhaber von "Marktfruchtbetrieben" im Falle einer obligatorischen Teilflächenstilllegung weniger Probleme bei der Gülleausbringung befürchten müssen als Inhaber von Betrieben mit intensiver Viehhaltung.

Bei der Differenzierung nach der Betriebsgröße waren im Gegensatz zur Differenzierung nach Bundesländern und Betriebssystemen wieder hochsignifikante Unterschiede hinsichtlich des Antwortverhaltens der Betriebsinhaber festzustellen. Wegen der geringeren Verfügbarkeit von Flächen war erwartungsgemäß der Anteil der Inhaber von "kleineren" Betrieben, die meinten, eine solche Politik solle auf jeden Fall durchgeführt werden, kleiner als bei denen "größerer" Betriebe. Auch der Anteil derer, die angaben, eine solche Politik solle auf keinen Fall durchgeführt werden, war niedriger. Das dürfte wieder darauf zurückzuführen sein, daß unter den Inhabern "kleinerer" Betriebe ein höherer Anteil unsicher hinsichtlich der Einschätzung dieser Politikalternative war.

Ein ähnliches Bild ergab sich auch bei der Differenzierung nach sozioökonomischen Betriebstypen. Vielleicht deutet die signifikant weniger häufige Ablehnung obligatorischer Flächenstilllegungen bei den Inhabern von "Nebenerwerbsbetrieben" an, daß in diesen Betrieben vielfach die Arbeitssituation angespannt ist und der Zwang zur Stilllegung von Flächen aus diesem Grunde als weniger problematisch angesehen wird. Das könnte auch die geringere Ablehnung solcher Politikmaßnahmen bei den "kleineren" Betrieben, zu denen überwiegend auch die "Nebenerwerbsbetriebe" gehören, erklären.

Bei der Differenzierung nach dem Alter der Betriebsinhaber und dem Vorhandensein eines Hofnachfolgers ergab sich, daß Inhaber von "längerfristig weiterbewirtschafteten" Betrieben obligatorische Flächenstilllegungen zu größeren Anteilen ablehnten als Inhaber von "längerfristig auslaufenden" Betrieben. Allerdings erwiesen sich diese Unterschiede als nicht signifikant. Die "überdurchschnittlich gut ausgebildeten" Betriebsinhaber lehnten zu größeren Anteilen eine obligatorische Flächenstilllegung ab als "durchschnittlich ausgebildete" Betriebsinhaber. Diese Unterschiede zwischen den Gruppen waren anhand des Chi-Quadrat-Tests lediglich auf einem niedrigeren Niveau signifikant.

Betriebsinhaber, die in den nächsten Jahren "steigende oder gleichbleibende" Getreidepreise erwarteten, und solche, die von "weiter fallenden" Getreidepreisen ausgingen, unterschieden sich hinsichtlich der Anteile der Befürworter staatlicher Vorschriften zur Teilflächenstilllegung mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen nicht. Betriebsinhaber, die künftig "steigende oder gleichbleibende" Getreidepreise erwarteten, äußerten allerdings hinsichtlich der Einschätzung dieser Politik zu erheblich größeren Anteilen keine eindeutige Meinung als Betriebsinhaber, die von "weiter fallenden" Getreidepreisen ausgingen. Die Verteilungen waren signifikant unterschiedlich.

Betriebsinhaber, die glaubten, die Probleme in ihrem Betrieb in schlechteren Zeiten "besser" meistern zu können als andere Betriebe in ihrer Umgebung, gaben zu signifikant höheren Anteilen an, daß sie auf keinen Fall staatliche Vorschriften zur Teilflächenstilllegung mit flächenbezogenen Ausgleichszahlungen befürworten würden. Das deutet darauf hin, daß diese Betriebsinhaber von einer solchen Politik eher Nachteile für die eigenen Bemühungen um betriebliches Wachstum befürchteten.

### 3.6 Verteuerung der Dünge- und Pflanzenschutzmittel um 100 % bei flächenbezogenen Ausgleichszahlungen (Tabelle 5)

Hinsichtlich der Einstellung der Betriebsinhaber zu einer Politik der Erhöhung von Preisen für Inputs zur Verminderung der Getreideüberschüsse ergab sich insgesamt ein ähnliches Bild wie bei der zu Agrarpreissenkungen. Allerdings war

in bezug auf eine Verteuerung von Betriebsmitteln in den "nördlichen" Bundesländern eine signifikant höhere Ablehnungsquote zu verzeichnen als in den "südlichen". Im Unterschied zur Beurteilung von Agrarpreissenkungen ergaben sich allerdings hier bei einer Gruppierung nach Betriebssystemen keine signifikanten Unterschiede.

Bei einer Unterscheidung der Betriebe nach ihrer Größe wird deutlich, daß eine Verteuerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln auch dann, wenn flächenbezogene Ausgleichszahlungen vorgesehen sind, von den Inhabern "größerer" Betriebe signifikant häufiger abgelehnt wurden als von denen "kleinerer" Betriebe. Bei einer Differenzierung nach sozioökonomischen Betriebstypen ergab sich, daß die Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" die Verteuerung von Dünge-

und Pflanzenschutzmitteln zu signifikant geringeren Anteilen ablehnten als die von "Haupterwerbsbetrieben". Das ist vermutlich dadurch zu erklären, daß die erstgenannten aufgrund der Standortbedingungen, der Größe und der Ausrichtung ihrer Betriebe häufiger auf einem niedrigeren Intensitätsniveau wirtschaften als die zweitgenannten und deshalb von einer Verteuerung von Betriebsmitteln geringere Einkommenseinbußen erwarten als die Inhaber der im Durchschnitt mit einer höheren speziellen Intensität wirtschaftenden "Haupterwerbsbetriebe".

Inhaber von "längerfristig weiterbewirtschafteten" Betrieben lehnten die Verteuerung von Betriebsmitteln zu größeren Anteilen ab als die von "längerfristig auslaufenden". Allerdings erwiesen sich diese Unterschiede als nicht signifikant. Noch

Tabelle 5: **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm beteiligt haben, zur Verbesserung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln als agrarpolitischer Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen nach ausgewählten Merkmalen**<sup>1)</sup>

M e r k m a l		Die Politiker sollten eine "Verteuerung der Dünge- und Pflanzenschutzmittel um 100 % bei flächenbezogenen Ausgleichszahlungen" anstreben			
		Anzahl der Nennungen <sup>3)</sup>	auf jeden Fall	darunter % auf keinen Fall	weiß nicht, egal
Betriebsinhaber insgesamt		752	11,4	68,0	20,7
Bundesländer <sup>2)</sup> **	Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	239	5,7	75,8	18,5
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern	513	14,0	64,3	21,6
Betriebssystem	Marktfrochtbetriebe	318	8,3	69,6	22,1
	Futterbau-, Veredlungs-, Gemischtbetriebe	434	13,6	66,8	19,6
Betriebsgröße**	unter 30 ha LF	594	11,6	65,3	23,0
	30 ha LF und mehr	158	10,3	77,9	11,8
Standardbetriebseinkommen**	unter 40 000 DM	531	11,3	65,2	23,5
	40 000 DM und mehr	220	11,6	75,0	13,4
Sozio-ökonomischer Betriebstyp**	Nebenerwerb	393	11,9	63,0	25,2
	Haupterwerb	359	10,8	73,5	15,7
Verteilung der Tätigkeit von Betriebsinhaber, Ehegatte und Hofnachfolger <sup>4)</sup> **	Außerbetriebliche Tätigkeit <sup>5)</sup> ist größer oder gleich der betrieblichen	477	11,0	65,4	23,7
	Tätigkeit im Betrieb ist größer	274	12,0	72,5	15,4
Alter vom Betriebsinhaber und Hofnachfolge	Alter unter 45 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>mit</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	304	12,6	71,9	15,4
	Alter 45 bis unter 55 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>ohne</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	386	11,3	65,8	22,8
Landwirtschaftliche Ausbildung des Betriebsinhabers**	geht nicht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	625	12,4	66,2	21,4
	geht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	127	6,1	76,7	17,1
Betriebsinhaber erwartet in den nächsten Jahren ... Getreidepreise**	steigende oder gleichbleibende	213	12,3	58,5	29,2
	weiter fallende	536	11,1	72,1	16,9
Inhaber schätzt die Chance, die zu erwartenden "schlechteren Zeiten" in seinem Betrieb zu meistern... ein als in Betrieben seiner Umgebung	besser	109	11,5	71,4	17,1
	etwa gleich gut oder schlechter	642	11,4	67,3	21,3

Fußnoten und Quelle, siehe Tabelle 1.

häufiger und statistisch abgesichert war dagegen die Ablehnung durch "überdurchschnittlich gut ausgebildete" Betriebsinhaber im Vergleich zu den "durchschnittlich ausgebildeten".

Betriebsinhaber, die erwarteten, daß die Getreidepreise in den nächsten Jahren "weiter fallen" werden, gaben zu erheblich größeren Teilen als ihre Kollegen, die "steigende oder gleichbleibende" Agrarpreise erwarteten, an, die Politiker sollten auf keinen Fall Dünge- und Pflanzenschutzmittel verteuern. Diese signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Antwortverteilungen ergaben sich wiederum aufgrund der größeren Anteile nicht eindeutiger Meinungsäußerungen zu der genannten Politik bei denjenigen, die von "steigenden oder

gleichbleibenden" Getreidepreisen ausgingen. Bei der Differenzierung nach der Einschätzung der eigenen Chancen, künftige betriebliche Probleme zu bewältigen, konnten keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Antwortverteilungen festgestellt werden.

### 3.7 Förderung des alternativen Landbaus (Tabelle 6)

Die Beurteilung einer Politik, durch hohe finanzielle Förderungsbeiträge für den alternativen Landbau ohne minerali-

Tabelle 6: **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nicht am EG-Flächenstilligungsprogramm beteiligt haben, zur Förderung alternativen Landbaus als agrarpolitischer Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen nach ausgewählten Merkmalen**<sup>1)</sup>

Merkmal		Die Politiker sollten "hohe finanzielle Förderungsbeiträge für den alternativen Landbau (ohne mineralische Düngung und chemischen Pflanzenschutz)" anstreben			
		Anzahl der Nennungen <sup>3)</sup>	auf jeden Fall	darunter % auf keinen Fall	weiß nicht, egal
Betriebsinhaber insgesamt		749	28,1	35,3	36,6
Bundesländer <sup>2)</sup>	Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	236	26,5	34,6	38,9
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern	512	28,8	35,6	35,6
Betriebsystem**	Marktf Fruchtbetriebe	315	21,7	41,3	37,0
	Futterbau-, Veredlungs-, Gemischtbetriebe	433	32,7	30,9	36,4
Betriebsgröße**	unter 30 ha LF	590	28,8	32,8	38,4
	30 ha LF und mehr	158	25,5	44,6	29,9
Standardbetriebseinkommen**	unter 40 000 DM	527	27,1	32,5	40,4
	40 000 DM und mehr	220	30,1	42,0	27,9
Sozio-ökonomischer Betriebstyp**	Nebenerwerb	389	26,9	30,8	42,3
	Haupterwerb	359	29,4	40,1	30,5
Verteilung der Tätigkeit von Betriebsinhaber, Ehegatte und Hofnachfolger <sup>4)</sup>	Außerbetriebliche Tätigkeit <sup>5)</sup> ist größer oder gleich der betrieblichen	474	25,9	33,7	40,4
	Tätigkeit im Betrieb ist größer	274	31,9	37,9	30,2
Alter vom Betriebsinhaber und Hofnachfolge	Alter unter 45 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>mit</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	302	31,1	34,3	34,6
	Alter 45 bis unter 55 Jahre oder 55 Jahre und älter <u>ohne</u> Hofnachfolger <sup>4)</sup>	385	26,5	36,0	37,4
Landwirtschaftliche Ausbildung des Betriebsinhabers**	geht nicht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	622	28,0	32,9	39,2
	geht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	127	28,7	47,0	24,3
Betriebsinhaber erwartet in den nächsten Jahren ... Getreidepreise**	steigende oder gleichbleibende	212	19,7	34,2	46,1
	weiter fallende	534	31,3	35,9	32,8
Inhaber schätzt die Chance, die zu erwartenden "schlechteren Zeiten" in seinem Betrieb zu meistern... ein als in Betrieben seiner Umgebung	besser	109	25,3	41,6	33,0
	etwa gleich gut oder schlechter	639	28,6	34,2	37,2

Fußnoten und Quelle, siehe Tabelle 1.

sche Düngung und chemischen Pflanzenschutz Beiträge zur Lösung der Getreideüberschußprobleme zu leisten, unterschied sich nicht signifikant zwischen Betriebsinhabern in den "nördlichen" und den "südlichen" Bundesländern. Auffallend hoch sind im Norden wie im Süden die großen Anteile derer, die zu der genannten Politik keine eindeutige Stellung bezogen. Bei einer Gliederung nach Betriebssystemen ergaben sich signifikante Unterschiede zwischen "Marktfruchtbetrieben" und "Nicht-Marktfruchtbetrieben". Während rd. 41 % der Inhaber von "Marktfruchtbetrieben" eine Förderung des alternativen Landbaus ablehnten, waren es bei den Inhabern der übrigen landwirtschaftlichen Betriebe nur 31 %. Bei etwa gleicher Quote derjenigen, die hinsichtlich der Beurteilung dieser Politik keine eindeutige Meinung äußerten, resultiert dies daraus, daß die Inhaber von "Nicht-Marktfruchtbetrieben" zu 33 % der Meinung waren, die Politiker sollten auf jeden Fall hohe finanzielle Förderungsbeiträge für den alternativen Landbau bereitstellen. Offen muß hier bleiben, ob dies darauf zurückzuführen ist, daß die Inhaber dieser Betriebe davon ausgingen, daß sie ihre Betriebe möglicherweise auf alternativen Landbau umstellen könnten, oder ob sie sich von solchen Politikmaßnahmen weniger direkt betroffen fühlten als die Inhaber von "Marktfruchtbetrieben".

Signifikante Unterschiede ergaben sich auch bei einer Unterscheidung der Betriebe nach ihrer Größe. Die Ablehnung einer Politik der Förderung des alternativen Landbaus war bei Inhabern "größerer" Betriebe deutlich höher als bei denen "kleinerer". Immerhin versprachen sich vermutlich 27 bis 29 % der Inhaber "kleinerer" Betriebe Vorteile von der Durchführung einer solchen Politik.

Bei der Gliederung nach sozioökonomischen Betriebstypen ergab sich, daß die Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" zu signifikant geringeren Anteilen eine Politik der finanziellen Förderung des alternativen Landbaus ablehnten als die Inhaber von "Haupterwerbsbetrieben". Wegen der größeren Anteile nicht eindeutiger Meinungsäußerungen führte das jedoch nicht dazu, daß ein höherer Anteil der Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" angab, die Politiker sollten auf jeden Fall hohe finanzielle Förderungsbeiträge für den alternativen Landbau leisten. Das könnte möglicherweise darauf hindeuten, daß sich die Inhaber von "Nebenerwerbsbetrieben" häufiger den Anforderungen des alternativen Landbaues nicht gewachsen fühlten.

Eine Differenzierung nach dem Alter der Betriebsinhaber und der Hofnachfolge in den Betrieben ergab keine signifikanten Unterschiede der Antwortverteilungen. Solche Unterschiede sind allerdings festzustellen, wenn man nach der landwirtschaftlichen Ausbildung der Betriebsinhaber gruppiert. Die "überdurchschnittlich gut ausgebildeten" Betriebsinhaber gaben zu 47 % an, eine Politik der Förderung des alternativen Landbaues sollte auf keinen Fall durchgeführt werden. Möglicherweise befürchteten die Inhaber dieser Betriebe, eine solche Politik könnte die Möglichkeiten, durch konventionellen Anbau ausreichende Einkommen zu erwirtschaften, gefährden.

Signifikante Unterschiede der Antwortverteilungen ergaben sich auch bei einer Unterscheidung der Betriebsinhaber nach ihrer Erwartung hinsichtlich der Entwicklung der Getreidepreise: Betriebsinhaber, die "steigende oder gleichbleibende" Getreidepreise erwarteten, äußerten zu erheblich größeren Anteilen keine eindeutige Meinung zu dieser Politik. Die Antwortverteilungen unterscheiden sich demgegenüber nicht signifikant zwischen Betriebsinhabern mit unterschiedlichen Einschätzungen ihrer Chancen, die künftigen betrieblichen Probleme zu meistern.

### 3.8 Förderung von Umschulungsmaßnahmen (Tabelle 7)

57 % der Betriebsinhaber in den "nördlichen" Bundesländern gaben an, die Politiker sollten auf jeden Fall Umschulungsmaßnahmen für junge Landwirte finanziell fördern. Das waren erstaunlicherweise deutlich mehr als in den "südlichen" Ländern, in denen die Nebenerwerbslandwirtschaft stärker verbreitet ist als in den zuerst genannten. Die signifikanten Unterschiede der Antwortverteilungen zwischen den Bundesländern deuten darauf hin, daß die Förderung von Umschulungsmaßnahmen von Inhabern von "Haupterwerbsbetrieben" häufiger befürwortet wird als von Inhabern von "Nebenerwerbsbetrieben". Das wird auch deutlich, wenn man die signifikanten Unterschiede zwischen den Antworten der Inhaber unterschiedlicher sozioökonomischer Betriebstypen betrachtet. Da darüber hinaus die Zustimmung zu einer Förderung der Umschulung bei den Inhabern "kleinerer" Betriebe signifikant häufiger anzutreffen war als bei den Inhabern "größerer" Betriebe, kann man vermuten, daß sich insbesondere die Inhaber "kleinerer Haupterwerbsbetriebe" von der Förderung von Umschulungsmaßnahmen Möglichkeiten versprechen, ihre Situation zu verbessern.

Zwar konnten bei einer Differenzierung nach Betriebssystemen, dem Alter der Betriebsinhaber und der Hofnachfolge, der landwirtschaftlichen Ausbildung der Betriebsinhaber, der Erwartungen der Betriebsinhaber hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Getreidepreise und der Chancen, selbst die Probleme in den nächsten Jahren "besser" bewältigen zu können als die Nachbarn, keine signifikanten Unterschiede zwischen den Antwortverteilungen festgestellt werden; der vergleichsweise hohe Anteil von Zustimmungen bei Inhabern mit "längerfristig auslaufenden" Betrieben könnte allerdings darauf hindeuten, daß die oben bereits angedeuteten Präferenzen der Inhaber "kleinerer Haupterwerbsbetriebe" sich auch hier niederschlagen. Möglicherweise möchte ein Teil der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe mit unzureichender Einkommenskapazität jungen Landwirten künftig ähnliche Probleme ersparen, denen sie sich heute selbst ausgesetzt sehen.

## 4 Schlußfolgerungen

Die Ergebnisse der Befragungen deuten darauf hin, daß agrarpolitische Maßnahmen, von denen die Landwirte befürchten, daß sie durch diese Maßnahmen Einkommenseinbußen erleiden, sowohl 1987 als auch 1990 von der Mehrzahl der Befragten abgelehnt wurden. Das trifft besonders für eine weitere Agrarpreissenkung und die Verteuerung von Betriebsmitteln zu. Während obligatorische Maßnahmen zur Flächenstilllegung 1987 ebenfalls auf deutliche Ablehnung gestoßen waren, war dies bei denjenigen Landwirten, die nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm teilgenommen hatten, 1990 nur noch zu einem wesentlich geringeren Anteil der Fall. Vermutlich hatte sich die Einsicht bei den Landwirten stärker durchgesetzt, daß Änderungen der Agrarpolitik mit dem Ziel einer Verminderung der Überschüsse notwendig sind. Dafür spricht auch, daß die Anteile der Befragten, die Kontingentierungsmaßnahmen und die Subventionierung von Industriepflanzen bzw. nachwachsenden Rohstoffen befürworteten, angestiegen waren.

Die Zunahme des Anteils der Landwirte, die Änderungen der Agrarpolitik als notwendig ansahen, gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß durch eine offene Diskussion der Probleme im politischen Raum Widerstände gegenüber Agrarpreissenkungen bzw. Betriebsmittelverteuerungen in Verbindung mit Ausgleichszahlungen für erlittene Einkommenseinbußen vermin-

dert werden könnten und sich damit der Weg für eine Politik bereiten ließe, die unumgängliche Verringerung der Preisstützung zu verknüpfen mit direkten Einkommenszahlungen an die Landwirte, die sich zur Einhaltung ökologischer Auflagen verpflichten (Weinschenk, 1991). Diese Art der Verknüpfung kann durchaus als marktkonform angesehen werden, denn sie erlaubt ähnlich den Umweltabgaben (Henze und Teuscher, 1990) den Landwirten eine Wahl zwischen umweltgerechterer Produktion verbunden mit Ausgleichszahlungen (bzw. im Fall der Umweltabgaben Verzicht auf Zahlungen an den Staat) und einer die Umwelt stärker belastenden Produktion ohne Ausgleichszahlungen bzw. Abgaben.

Eine Politik der Förderung der beruflichen Mobilität der Fa-

milienarbeitskräfte in der Landwirtschaft, wie sie neuerdings in die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" als sogen. "Umstellungshilfe" einbezogen wurde, wird offensichtlich von sehr vielen Landwirten begrüßt. Es wäre daher zu prüfen, ob sich die produktionsmindernden Wirkungen dieser Maßnahme nicht erhöhen ließen, wenn man sie mit längerfristigen - über einen Zeitraum von 5 Jahren hinausgehenden - Prämien für die Stilllegung von Produktionskapazitäten und/oder die Extensivierung der Produktion verbinden würde.

Durch ein Bündel der oben angesprochenen politischen Maßnahmen gelingt vielleicht eine stärkere Eingliederung der Landwirtschaft in das marktwirtschaftliche System, wie sie

Tabelle 7: **Einstellungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nicht am EG-Flächenstilllegungsprogramm beteiligt haben, zur Förderung von Umschulungsmaßnahmen als agrarpolitischer Maßnahme zur Verminderung von Getreideüberschüssen nach ausgewählten Merkmalen** <sup>1)</sup>

Merkmal		Die Politiker sollten eine "finanzielle Förderung von Umschulungsmaßnahmen für junge Landwirte" anstreben			
		Anzahl der Nennungen <sup>3)</sup>	auf jeden Fall	darunter % auf keinen Fall	weiß nicht, egal
Betriebsinhaber insgesamt		752	49,2	21,4	29,4
Bundesländer <sup>2)</sup> **	Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	239	56,5	15,0	28,5
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern	513	45,8	24,4	29,8
Betriebssystem	Marktfruchtbetriebe	318	46,0	23,3	30,7
	Futterbau-, Veredlungs-, Gemischtbetriebe	434	51,5	20,1	28,4
Betriebsgröße*	unter 30 ha LF	594	49,6	20,2	30,2
	30 ha LF und mehr	158	47,7	26,1	26,2
Standardbetriebseinkommen**	unter 40 000 DM	531	49,5	19,3	31,2
	40 000 DM und mehr	220	48,1	26,8	25,1
Sozio-ökonomischer Betriebstyp**	Nebenerwerb	393	48,2	18,1	33,8
	Haupterwerb	359	50,3	25,1	24,6
Verteilung der Tätigkeit von Betriebsinhaber, Ehegatte und Hofnachfolger <sup>4)</sup> **	Außerbetriebliche Tätigkeit <sup>5)</sup> ist größer oder gleich der betrieblichen	477	49,0	18,4	32,6
	Tätigkeit im Betrieb ist größer	274	49,6	26,7	23,7
Alter vom Betriebsinhaber und Hofnachfolge	Alter unter 45 Jahre oder 55 Jahre und älter mit Hofnachfolger <sup>4)</sup>	304	48,9	24,4	26,7
	Alter 45 bis unter 55 Jahre oder 55 Jahre und älter ohne Hofnachfolger <sup>4)</sup>	386	51,9	19,2	28,9
Landwirtschaftliche Ausbildung des Betriebsinhabers	geht nicht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	625	48,7	21,7	29,6
	geht über Fachschule bzw. Gehilfenprüfung hinaus	127	51,4	20,3	28,3
Betriebsinhaber erwartet in den nächsten Jahren ... Getreidepreise	steigende oder gleichbleibende	213	44,4	21,4	34,3
	weiter fallende	536	50,9	21,6	27,6
Inhaber schätzt die Chance, die zu erwartenden "schlechteren Zeiten" in seinem Betrieb zu meistern... ein als in Betrieben seiner Umgebung	besser	109	56,6	20,3	23,2
	etwa gleich gut oder schlechter	642	47,8	21,7	30,5

Fußnoten und Quelle, siehe Tabelle 1.

sich Herlemann (1965) bereits für die ersten Jahre dieses Jahrhunderts gewünscht hätte.

## 5 Zusammenfassung

Bei der Implementierung notwendiger agrarpolitischer Reformschritte können Informationen über die Einstellungen der Landwirte zu unterschiedlichen Politikalternativen von Nutzen sein. Im Rahmen von Erhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben 1987 und 1990 wurden die Betriebsinhaber u. a. nach ihrer Einstellung zu sechs bzw. sieben möglichen Wegen einer Reduzierung der Getreideüberschüsse in der EG gefragt. Die Befragungen hatte u. a. folgende Ergebnisse:

Die meisten Landwirte lehnten eine Senkung der Agrarpreise in Verbindung mit Ausgleichszahlungen in Härtefällen und höhere Preise für Pflanzenschutz- und Düngemittel in Verbindung mit an der Fläche orientierten Ausgleichszahlungen ab. Die Anteile der Landwirte, die diese Politik ablehnten, waren in den nördlichen Bundesländern höher als in den südlichen, in Marktfruchtbetrieben höher als in den übrigen Betrieben, in größeren Betrieben höher als in kleineren und in Haupterwerbsbetrieben höher als in Nebenerwerbsbetrieben. Obligatorische Flächenstillegungen in Verbindung mit an der Fläche orientierten Ausgleichszahlungen wurden von der Mehrheit der Befragten abgelehnt, während mehr Landwirte einer Kontingentierung in Verbindung mit höheren Agrarpreisen, einer Subventionierung nachwachsender Rohstoffe bzw. einer Förderung der Umschulung von Landwirten zustimmten als sie ablehnten. Die Verteilungen der erfragten Einstellungen von Landwirten zu den vorgestellten Maßnahmen unterschieden sich meist in Abhängigkeit von den oben genannten Merkmalen der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. der Haushalte ihrer Inhaber.

Die geringen Anteile von Landwirten, die die Förderung von Umschulungsmaßnahmen für Landwirte ablehnten, geben Anlaß zu der Vermutung, daß eine solche Politik in Verbindung mit einer Förderung von Kapazitätsstillegungen und einer Extensivierung der Agrarproduktion als Teile einer stärker marktorientierten Agrarpolitik von einer großen Zahl von Landwirten akzeptiert würden.

### Farmers' opinions on alternative policies to reduce cereal surplus

Information on farmers' opinions may help politicians in implementing necessary reforms of agricultural policy. In farm surveys 1987 and 1990 farmers were asked about their opinions on different ways of reducing cereal surpluses in the EC. The results showed among others:

Most farmers refused a reduction of farm product prices combined with income compensations for special hardships and higher prices for pesticides and fertiliser combined with acreage-bound compensation payments as well. The proportions of farmers rejecting these policies were higher in Northern Germany than in the South, on arable farms higher than on grassland and/or intensive livestock farms, in larger holdings higher than in smaller ones and with full-time-farmers higher than with part-time-farmers. The proportion of farmers rejecting a compulsory set-aside program of land combined with size-dependent compensation payments was higher than the proportion of farmers endorsing this policy. In contrast to this more farmers agreed to policies to reduce cereal surpluses by production quotas combined with higher farm prices as well as to subsidizing the production of renewable resources or the re-training of farmers. The distributions of farmers' an-

swers differed depending on characteristics of farms or of farm-households discussed above.

The small proportion of farmers refusing public aid to farmers' re-training raise hopes that this policy combined with programs to set-aside farm land or extensify agricultural production as parts of a more marketoriented policy might be acceptable to a large number of farmers.

## Literatur

Agra-Europe: MacSharrys Reform - Überlegungen stoßen auf Kritik im Ministerrat. Agra-Europe 5/91, 28.01.1991, Agrarpolitik, S. 1-3.

FAZ: Neue Hoffnung für die Uruguay-Runde. Frankfurter Allgemeine, 04.02.1991, S. 13.

Henze, A. und Teuscher, M.: Politische Ökonomie der Umweltpolitik. Dargestellt an den Beispielen Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes und Einführung eines Wasserpfennigs. - Agrarwirtschaft 39 (1990), S. 3-12.

Herlemann, H.-H.: Vom Ursprung des deutschen Agrarprotektionismus. In: Raumordnung im 19. Jahrhundert (1. Teil), Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 30, Hannover 1965, S. 17-40.

Manegold, D.: Die landwirtschaftlichen Märkte an der Jahreswende 1988/89, 1 Aspekte gemeinsamer Agrarpolitik 1988. Agrarwirtschaft 37 (1988), S. 369-384.

Manegold, D.: Die landwirtschaftlichen Märkte an der Jahreswende 1990/91, 1 Aspekte gemeinsamer Agrarpolitik 1990. Agrarwirtschaft 39 (1990), S. 379-399.

Weinschenck, G.: Ökologische Chance durch Scheitern der GATT-Verhandlungen? Agrarwirtschaft 40 (1991), S. 1-2.

Wilstacke, L. und Plankl, R.: Freiwillige Produktionsminderung - Empirische Analyse. Schriften des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reihe A: Angewandte Wissenschaft 357, Münster-Hiltrup 1988.

Verfasser: F asterding, Ferdinand, Dr. sc. agr.; Plankl, Reiner, Dr. sc. agr.; Uphoff, Paul, Dipl.-Ing., Institut für Strukturforchung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (FAL), Leiter: Prof. Dr. E. Neander.